Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/907
05.02.2020

Wissenschaftsausschuss

43. Sitzung (öffentlich)

5. Februar 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Raphael Tigges (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Den Worten des Koalitionsvertrages Taten folgen lassen – Die Landesregierung muss mehr für die FernUniversität Hagen tun! 5

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8424

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Anregung der SPD-Fraktion überein, ein Expertengespräch im Rahmen einer Ausschusssitzung durchzuführen.

2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8298 – Neudruck

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu beteiligen.

3 Künstliche Intelligenz: Forschung und Innovation für Maschinelles Lernen voranbringen **7**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7374

Ausschussprotokoll 17/853 (Anhörung am 12.12.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Antrag stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Betreuungsrelation an nordrhein-westfälischen Hochschulen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])* **10**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2962

– Wortbeiträge

5 Hacker-Angriffe auf Hochschulserver *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])* **13**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2961

– Wortbeiträge

6 Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])* **15**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2966

– keine Wortbeiträge

7 Verschiedenes **16**

a) nächste Ausschusssitzung **16**

Die nächste Ausschusssitzung findet am 4. März 2020, von 13 Uhr bis 15 Uhr statt und hat eine Anhörung zur Evaluation der Hochschulmedizin zum Inhalt.

b) Ruhr-Universität Bochum **16**

c) Sonderverträge ZSL **16**

d) Ausschusssitzung am 22. April 2020 **16**

Der Ausschuss kommt überein, die Ausschusssitzung am 22. April 2020 auf 16 Uhr zu verlegen.

* * *

1 Den Worten des Koalitionsvertrages Taten folgen lassen – Die Landesregierung muss mehr für die FernUniversität Hagen tun!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8424

(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation am 22.01.2020)

Der Ausschuss kommt auf Anregung der SPD-Fraktion überein, ein Expertengespräch im Rahmen einer Ausschusssitzung durchzuführen.

2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8298 – Neudruck

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Wissenschaftsausschuss, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 23.01.2020)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu beteiligen.

3 Künstliche Intelligenz: Forschung und Innovation für Maschinelles Lernen voranbringen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7374

Ausschussprotokoll 17/853 (Anhörung am 12.12.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend –, an den Wissenschaftsausschuss sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 19.09.2019)

Daniela Beihl (FDP) unterstreicht, die KI-Forschung als elementare Zukunftstechnologie müsse in Nordrhein-Westfalen weiter vorangebracht werden. Die Strategie der Landesregierung, sie über den Aufbau des Instituts für Digitalisierungsforschung voranzubringen, werde begrüßt. Der „KI-TÜV“ der Landesregierung stelle einen wichtigen und richtigen Weg dar. Den wichtigen Aspekt der Erforschung und Anwendung diskriminierungsfreier Algorithmen unterstützten CDU und FDP ebenfalls.

Petra Vogt (CDU) betont, sowohl die bisherigen Debatten als auch die Anhörung hätten sehr klar belegt, dass es sich um ein sehr wesentliches und zukunftsorientiertes Thema handele. Die Politik müsse dieses aktiv begleiten und nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken im Auge behalten.

Dietmar Bell (SPD) sieht die große Gefahr, dass Nordrhein-Westfalen mit seinen Aktivitäten in den Bereichen „KI“ und „Maschinelles Lernen“ hinter andere Bundesländer zurückfalle. Die Landesregierung verweise im Wesentlichen auf Bundesmittel in Höhe von 500 Millionen Euro. Die Anstrengungen der Landesregierung beschränkten sich dagegen aktuell auf die Förderung von neuen KI-Projekten im Umfang von 18 Millionen Euro. Im Verhältnis zur bayerischen Förderung sei dies schlicht viel zu wenig und auch viel zu wenig hinterlegt, um von einer geschlossenen Gesamtstrategie sprechen zu können.

Laut Prof. Sagerer als Vertreter der Landesrektorenkonferenz fehle es derzeit offenbar noch an konkreten Ausschreibungen oder Programmen, über die Drittmittel im Rahmen der beschlossenen KI-Strategie eingeworben werden könnten. Hier bestehe laut Landesrektorenkonferenz unmittelbarer Handlungsbedarf. Begrüßen werde es die LRK, wenn den Universitäten ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt würden, um ethische Fragen in diesem Zusammenhang systematisch zu erforschen und für mögliche das Gemeinwohl betreffende Effekte wissenschaftsbasierte Lösungen anzubieten.

Bemängelt werde das Fehlen einer hinreichenden Strategie, um die Hochschulen und Forschungsinstitute zu unterstützen und Mittel des Bundes abzugreifen.

Der Antrag beschränke sich sehr stark auf wirtschaftliche Anwendungen von KI und Maschinellem Lernen und verfüge daher nicht über eine ausreichende Aussagefähigkeit. Gerade Hochschulstandorte mit einer Fokussierung auf Big Data Automation hätten derzeit große Probleme, ihre Entwicklungspotenziale zu entfalten. Der Antrag sei insgesamt enttäuschend.

Andreas Keith (AfD) meint, laut Expertenanhörung sei der vorliegende Antrag von CDU und FDP viel zu kurz gedacht. Deutschland werde mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zur Entwicklung Künstlicher Intelligenz im Vergleich zu China und den USA völlig abgeschlagen. Die Experten sähen lediglich Chancen in Nischen wie dem datensparsamen Lernen. Die Datenschutz-Grundverordnung lasse keine andere Möglichkeit. Datensparsames Lernen komme in dem Antrag allerdings gar nicht vor.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) hebt hervor, Künstliche Intelligenz sei kein Zukunfts-, sondern ein Gegenwartsthema und dürfe deshalb nicht auf die lange Bank geschoben werden. Nordrhein-Westfalen habe eigentlich gute Chancen, ein führender KI-Standort für eine wissensbasierte Künstliche Intelligenz zu werden, die zudem diskriminierungsfrei, ressourcensparend, datensparsam und ethisch basiert sei. Das könne einen echten wirtschaftlichen Vorsprung für die Region bringen. All dies Potenziale würden jedoch nicht genutzt. Die bisherigen Ankündigungen reichten nicht aus. Auch die Höhe der Bundes- und Landesmittel sei unzureichend, zumal diese teilweise nur befristet gewährt würden, zumindest aber nicht langfristig abgesichert seien. Die Landesregierung solle nicht nur – wie im Antrag gefordert – für KI-Professuren werben, sondern auch Mittel dafür aufbringen.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) führt aus, die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz und Maschinellem Lernen als zentrale Technologien sei bereits von Vorrednern gewürdigt worden.

Bayern befinde sich durch die Senkung der Schuldentilgung in einer besseren Position als Nordrhein-Westfalen. Unternehmen wie Google etc. seien die eigentlichen Konkurrenten in dem Bereich. Sie bänden Spitzenpersonal durch besonders gute Forschungsbedingungen an sich.

NRW müsse sich eine sehr gezielte Strategie überlegen, um in bestimmten Feldern der Forschung und Ausbildung in Künstlicher Intelligenz zu punkten. Vor etwa eindreiviertel Jahren habe das Ministerium alle an einen Tisch geholt, die in Nordrhein-Westfalen als Forscher, Ausbilder oder Unternehmen in dem Bereich arbeiteten und als ersten Schritt die Kompetenzplattform „Künstliche Intelligenz“ gegründet. Diese Plattform stärke den Transfer von Forschungsergebnissen in den Mittelstand. Der Mittelstand habe nicht nur großen Bedarf, sondern auch ein hohes Interesse an einer Fortentwicklung, um dieser Technologie zur breiten Anwendung zu verhelfen.

In Absprache mit dem Wirtschaftsministerium habe das Wissenschaftsministerium einen Masterplan KI als Strategie für die langfristige Entwicklung entworfen. Der Schwerpunkt liege in ihrem Hause auf der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in diesem Forschungsgebiet und in der noch größeren Herausforderung der Bindung von sehr guten Nachwuchsforscherinnen und -forschern an den Standort Nordrhein-Westfalen.

Vor einigen Monaten sei die Förderlinie „KI / ML“ mit ihren zwei Förderformaten in Gang gesetzt worden. Dazu gehöre ein standortübergreifendes Graduiertenkolleg, das darauf abziele, Doktorandinnen und Doktoranden auf höchstem Niveau auszubilden und mit den beteiligten Standorten zu vernetzen. Diese Aktivität sei an die Universität Bielefeld angedockt.

Bei dem gleichzeitig gestarteten „KI-Starter“ gehe es darum, NRW langfristig für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler attraktiv zu machen und sie hier zu halten, damit sie sich für die nächsthöheren akademischen Stufen in einer wissenschaftlichen Laufbahn qualifizierten. Derzeit liefen die Ausschreibungen dafür.

Daneben existiere seit vielen Jahren ein Rückkehrprogramm für exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Dessen Umfang habe die aktuelle Landesregierung verdoppelt und in den vergangenen Jahren mit unterschiedlichen Schwerpunkten ausgeschrieben. Diesmal liege der Schwerpunkt auf dem Fokus „KI“. Zu diesem Schwerpunkt hätten bereits zwei Nachwuchswissenschaftler ihre Arbeit an den Universitäten Bielefeld und Köln aufgenommen. Drei weitere stünden in Verhandlungen bzw. begännen in Kürze, und zwar voraussichtlich in Bonn, Siegen und Aachen.

Ein Förderschwerpunkt liege im Bereich „Maschinelles Lernen“. Darin bestehe sogar eine der großen Stärken in Nordrhein-Westfalen. Der Bund fördere mit. Dazu gehöre das „Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr“.

Der von NRW eingeschlagene Weg habe in der Anhörung Unterstützung gefunden. Auch habe es eine sehr gute Begutachtung für das NRW-Institut für Digitalisierungsforschung gegeben, welches genau diese Begleitthemen bearbeiten solle.

Der Antrag stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Betreuungsrelation an nordrhein-westfälischen Hochschulen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2962

Dietmar Bell (SPD) erinnert, CDU und FDP hätten die Betreuungsrelation viele Jahre zum zentralen Qualitätselement der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik gemacht. Laut Koalitionsvertrag wollten sie nun im Rahmen eines Qualitätspaktes für beste Studienbedingungen die Qualität des Studiums und die Studienbedingungen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen insbesondere durch eine bessere Betreuungsrelation stärken. Auf dieser Aussage beruhe der Berichtswunsch der SPD. Die Landesregierung solle die erreichten Veränderungen in der Betreuungsrelation darstellen und erläutern, was getan werde, um die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen umzusetzen.

Im vorgelegten Bericht heiße es lapidar, die von den statistischen Ämtern berechnete Kennzahl „Betreuungsrelation“ sei für Planungszwecke unzureichend. Zwar könne grundsätzlich diskutiert werden, ob die Betreuungsrelation geeignet sei, um Qualitätsmaßstäbe zu definieren, das sei aber nicht denkbar, wenn man die Betreuungsrelation lange Jahre zum zentralen Qualitätsmerkmal stilisiert habe. Deshalb werde auf eine qualitative Berichterstattung Wert gelegt. Notfalls könne die Berichtsbitte auch in Form einer Großen Anfrage gekleidet werden.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) betont die inhaltliche Richtigkeit des Berichts. Er sei sachlich gerechtfertigt.

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) stellt klar, der Bericht folge der Argumentation der Vorgängerregierung.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) hebt hervor, sie habe nicht die Akten studiert, sondern die Sachlage dargestellt.

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) erkundigt sich, wie sich das Ministerium sicher sein könne, dass andere Berechnungsgrundlagen zu einem besseren Abschneiden Nordrhein-Westfalens im Bundesvergleich führten.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) kommt auf den Bericht zu sprechen, der auf verschiedene Aspekte verweise. Verwaltungsgerichtlich sei die Berechnung der Relationen geklärt. Die sinkende Zahl von Studiengängen mit NC stellten einen Indikator für die Veränderung dar. Ebenso korreliere die Auslastungsquote mit den NC-Vergaben. Hinzu komme die positive Wirkung der nicht kapazitätsrelevanten Steigerung der Qualitätsverbesserungsmittel.

Dietmar Bell (SPD) hält fest, der Koalitionsvertrag besitze nach wie vor Gültigkeit und ziele auf die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses ab.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) unterstreicht, der Bericht setze eindeutig die rot-grüne Argumentationslinie fort, während CDU- und FDP-Abgeordnete in der Vergangenheit anders argumentiert hätten.

Die im Bericht erwähnten Mittel entsprächen selbst inklusive der Erhöhung der Qualitätsverbesserungsmittel nicht den Hochschulpaktmitteln für NRW. Bereits mehrfach sei Transparenz über die Höhe der Mittel für NRW im Rahmen des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre“ angemahnt worden.

RBr Stephan Schnitzler (MKW) erläutert, der Begriff „Betreuungsrelation“ sei in der Fachwelt durch die Definition des Statistischen Bundesamtes belegt. Dahinter verberge sich schlicht und ergreifend eine Kennzahl. Wie diese Kennzahl berechnet werde, sei festgelegt.

Die Berechnung dieser Kennzahl produziere aber keine planerisch verwertbare Information. Ministeriumsintern werde daher nicht mehr von „Betreuungsrelation“ gesprochen, sondern von „Betreuungssituation“. An Studium und Lehre an den Hochschulen könne vieles verbessert werden. Das werde nicht infrage gestellt. Aus fachlicher Sicht solle man sich dafür aber nicht an der Kennzahl orientieren, sondern an realitätsnäheren Dingen. Dafür achte das Ministerium zum Beispiel auf die Entwicklung der NC-Situation und der Auslastung an den Hochschulen.

Die Zahl der NC-Studiengänge sinke ebenso wie die Auslastung. Insofern verbessere sich die Lehrsituation an den Hochschulen allmählich. Das lasse sich belegen. Trotzdem könne die Betreuung an den Hochschulen natürlich noch verbessert werden. Das stehe außer Frage und solle beispielsweise im Rahmen des Zukunftsvertrages umgesetzt werden. Für Nordrhein-Westfalen stehe in diesem Zusammenhang fast 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Diese Mittel sollten in erheblichem Umfang für die Qualitätsverbesserung in Studium und Lehre eingesetzt werden.

Nach Auffassung von **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** entwickelt sich die Situation positiv. Trotzdem sei jede Verstärkung willkommen. Daher habe sich das Ministerium für die langfristige Erhöhung der Qualitätsverbesserungsmittel entschieden. Dies sei leider unterblieben, als die starken Abiturjahrgänge an die Hochschulen gekommen seien.

Karl Schultheis (SPD) sieht die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung und hebt die Notwendigkeit hervor, die Lehrsituation für Studierende zu verbessern.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) stimmt dem zu.

Karl Schultheis (SPD) legt dar, die Verstetigung der HSP-Mittel zu Zeiten rot-grüner Regierung habe eine ähnliche Wirkung wie die aktuelle Erhöhung der Qualitätsverbesserungsmittel. Bei allen Maßnahmen zur Verbesserung der Studiensituation stehe die SPD an der Seite des Ministeriums.

Die frühere Abgeordnete Gunhild Böth habe im Zusammenhang mit Qualitätsverbesserungsmitteln übrigens immer wieder – erfolglos – versucht, FDP und CDU eine Pro-Kopf-Förderung abzuringen. Diese Chance sei vertan worden.

Angela Freimuth (FDP) erinnert, seinerzeit hätten SPD und Grüne Studiengebühren für Langzeitstudierende und Zweitstudierende eingeführt. Diese Mittel seien jedoch nicht zur Verbesserung der Lehre eingesetzt worden. Die damalige Abgeordnete Böth habe sich für eine Verdoppelung des Betrages ausgesprochen, Indizes oder Anpassungen an die tatsächlichen Ausfälle aber unberücksichtigt gelassen.

Studierende hätten viele Jahre die zu großen Vorlesungen, zu wenig Platz und zu geringen Zugang zu Seminaren beklagt. Auch die SPD habe die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen Bereich der Hochschulen aufgrund der unzureichenden Grundfinanzierung beklagt. All dies sei diskutiert worden. Dass Rot-Grün im Wissenschaftsetat damals die Mittel der Grundfinanzierung aufgestockt habe, sei ausdrücklich anerkannt worden, weil dies ein Instrument zur besseren Betreuung Studierender darstelle.

5 Hacker-Angriffe auf Hochschulserver *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2961

Dietmar Bell (SPD) vermutet, auf das Thema „IT-Sicherheit“ reagierten die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie im Wesentlichen mit Insel-Lösungen. Über die Digitale Hochschule NRW bestehe ein Commitment, bestimmte Aspekte gemeinsam zu bearbeiten.

Laut Bericht sei das Thema „Informationssicherheit im Prozess der Erarbeitung eines neuen Programms für die DH.NRW“ nach den Ereignissen an der Universität Gießen bereits fokussiert.

Inwieweit ein deutlich stärker abgestimmtes Verhalten und eine Aufnahme der Hochschulen in die „Informationssicherheitsleitlinie NRW“ sinnvoll sei, solle dargelegt werden. Singuläre Lösungen seien häufig anfälliger als ein gemeinsames Vorgehen.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) gibt zu bedenken, neben der technischen Seite dürfe der Faktor Mensch nicht vergessen werden. Dieser sei ein großes Risiko. Daher bitte er um Auskunft, welche Unterstützungsangebote Beschäftigte der Hochschulen bekämen, um im Bereich „Sicherheit“ voranzukommen.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) legt dar, die Digitale Hochschule NRW sei der Idee geschuldet, gemeinsam solche übergreifenden Themen anzugehen. Erste Projekte befänden sich bereits in der Entwicklung. An immerhin 27 von 37 Hochschulen gebe es IT-Sicherheitsbeauftragte; an den übrigen Hochschulen sei zumindest jeweils eine Person mit bestimmten Skills ausgebildet. Der Anteil von Hochschulen mit Informationssicherheitslinien steige und liege mittlerweile bei über 50 %.

RBr Dr. Stefan Drees (MKW) ergänzt, die Bereiche „Technik“ und „Personal“ seien in der Informationssicherheit wichtig. Auf Technikseite versuche man, mit der Digitalen Hochschule mehr auf Cloud-basierte Lösungen zu setzen, weil zentralere Systeme wesentlich besser geschützt werden könnten. Durch das Projekt „Groupware NRW“ werde versucht, beispielsweise die Mailserver in NRW wesentlich stärker zu zentralisieren, um einen besseren Schutz zu erreichen.

Für die Sensibilisierung des Personals seien vordergründig die Hochschulen am Zuge. Kürzlich habe ein Vertreter des Verfassungsschutzes die Landesrektorenkonferenz besucht und angeboten, die Hochschulen bei diesen Sensibilisierungsmaßnahmen zu unterstützen. Seitens der Landesregierung erfolgten entsprechende Angebote an die Hochschulen.

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) kommt auf das auf fünf Jahre angelegte Projekt „Security NRW“ zu sprechen. Die auf fünf Jahre verteilte Fördersumme von 1 Million Euro sei nicht allzu hoch. Unklar bleibe in dem Bericht der Fortschritt des Projekts.

RBr Dr. Stefan Drees (MKW) betont, nach dem Vorfall an der Universität Gießen habe es einen Austausch mit den zuständigen Kollegen im hessischen Ministerium gegeben. Danach habe das Wissenschaftsministerium die Digitale Hochschule NRW aufgefordert, das Thema stärker anzugehen. Die Digitale Hochschule NRW erarbeite aktuell ein neues Programm, um das Problem umfangreicher anzugehen. Allerdings erfordere die Zusammenarbeit mit rund 40 Hochschulen Zeit.

Das Projekt „Security NRW“ sei schon etwas älter. Spannender sei das Anti-Spam-Cluster. „Security NRW“ sei für Einzelplatzrechner gedacht und überprüfe den Maileingang an den Hochschulen. Durch das Anti-Spam-Cluster versuche man, an ein, zwei Hochschulen virtuelle Cluster aufzubauen, die den Mailverkehr für alle Hochschulen in Nordrhein-Westfalen kontrollierten. Dann sollten die Hochschulen aus „Security NRW“ mit ihrem Mailverkehr in das viel größere und teurere Cluster, das eher die Zukunft darstelle, integriert werden. Aber auch dafür werde Zeit benötigt.

6 Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2966

– keine Wortbeiträge

7 Verschiedenes

a) nächste Ausschusssitzung

Die nächste Ausschusssitzung findet am 4. März 2020, von 13 Uhr bis 15 Uhr statt und hat eine Anhörung zur Evaluation der Hochschulmedizin zum Inhalt.

b) Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) kommt auf einen Pressebericht zu sprechen, nach dem die Ruhr-Universität Bochum mit sofortiger Wirkung keine Dienstreisen nach China mehr genehmige und Regeln für Mitarbeitende und Studierende erlassen habe, die in nächster Zeit aus China zurückkehrten. Dies werfe an anderen Universitäten Fragen auf, da andere Hochschulen solche Regelungen bisher nicht getroffen hätten. Auch auf Öffentlichkeit und das Zusammenleben von Studierende habe dies Einfluss. Die Landesregierung solle darlegen, ob sie entsprechende Vorgaben oder Empfehlungen gegeben habe.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) teilt mit, die Hochschulen regelten dies in eigener Verantwortung. Eine landesweite Anweisung oder Empfehlung existiere nicht. Vielfältige Kontakte nach China gebe es nicht nur an Hochschulen, sondern auch in allen anderen Bereichen. Insofern mache eine hochschulspezifische Weisung wenig Sinn. Der Gesundheitsminister behalte das Thema im Blick. Aktuell gebe es noch keine Veranlassung, eine zentrale Landesentscheidung bzw. -empfehlung zu treffen.

c) Sonderverträge ZSL

Auf eine Frage des Abgeordneten **Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** eingehend, teilt **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** mit, sie rechne mit einem Abschluss der Verträge im ersten Quartal 2020. Derzeit beschäftigten sich die Hochschulen noch intern mit den Verträgen.

d) Ausschusssitzung am 22. April 2020

Der Ausschuss kommt überein, die Ausschusssitzung am 22. April 2020 auf 16 Uhr zu verlegen.

gez. Raphael Tigges
stellv. Vorsitzender

Anlage
10.02.2020/12.02.2020
73

NRW DIE FRAKTION SPD

Dietmar Bell MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 4269
Fax: 0211 - 884 3357
Dietmar.Bell@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft
Helmut Seifen MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

24.01.2020

Bitte um Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 05.02.2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 05. Februar 2020 schriftliche Berichte zu den folgenden Punkten:

Betreuungsrelation an nordrhein-westfälischen Hochschulen

Nach Zahlen des Statistisches Bundesamtes, die für die Fachzeitschrift Forschung und Lehre ausgewertet wurden, ist NRW weiter Schlusslicht bei der Betreuungsrelation zwischen Hochschullehrerinnen/Hochschullehrern und Studierenden. Auf eine Hochschullehrerin bzw. einen Hochschullehrer kommen demnach 90 Studierende.[1] Die Landesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag die Verbesserung der Betreuungsrelation zum Ziel gesetzt.[2]

- Welche landesseitigen bzw. landesfinanzierten Maßnahmen plant die Landesregierung, über die im Bund ausverhandelten Verträge und Pakte hinaus, um die Betreuungsrelation in NRW zu verbessern? Mit der Bitte um Auflistung der bisherigen sowie geplanten landespolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsrelation an den nordrhein-westfälischen Hochschulen (unter Angabe der veranschlagten Summen).

[1] Vgl. Forschung und Lehre, Ausgabe 1/20, S. 4.
[2] Vgl. „Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022“, S. 19.

Hacker-Angriffe auf Hochschulserver

Die Internetpräsenz der Justus-Liebig-Universität Universität Gießen war im Dezember für mehrere Tage offline.[3] Die Universität hatte nach einem IT-Sicherheitsvorfall die Server herunterfahren müssen. Insgesamt mussten 38.000 Passwörter zurückgesetzt werden.

- Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über ähnliche IT-Sicherheitsvorfälle bzw. Hacker-Angriffe an nordrhein-westfälischen Hochschulen vor?
- Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Prävention oder schnellen Handhabung solcher IT-Sicherheitsvorfälle bzw. Hacker-Angriffen?
- Wurden hierzu Gespräche mit den Hochschulen bzw. Hochschulleitungen geführt? Inwiefern können Hochschulen bei solchen Angriffen unterstützt werden?

Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation

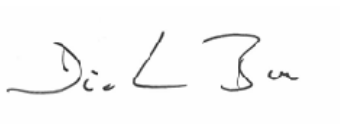
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat vor kurzem ein Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation veröffentlicht. Bildungsministerin Karliczek hatte angekündigt, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zukünftig stärker zu fördern und Wissenschaftskommunikation im Wissenschaftssystem zu verankern. Dieses Vorhaben wurde in einer Gemeinsamen Stellungnahme geistes- kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften kritisch diskutiert.[4]

- Wie bewertet die Landesregierung das Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation und die Position/Stellungnahme geistes-kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften?

[3] „Uni Gießen nähert sich nach Hacker-Attacke wieder dem Normalbetrieb“, in: Heise Online, online abrufbar unter https://www.heise.de/newsticker/meldung/Uni-Giessen-naehert-sich-nach-Hacker-Attacke-wieder-dem-Normalbetrieb-4628715.html (zuletzt abgerufen am 23.01.20202)
[4] „Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken“, online abrufbar unter: https://www.dgska.de/wp-content/uploads/2019/12/Stellungnahme-der-Fachgesellschaften-zur-Wissenschaftskommunikation_20191212.pdf (zuletzt abgerufen am 23.01.20202)

- Ist die Landesregierung auch der Auffassung, dass Kriterien der Wissenschaftskommunikation bei der Vergabe von Landesfördermitteln an Hochschulen stärker berücksichtigt werden sollten?

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Bell MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher